

Einbringungstext Bürgermeister Ruppert zum Haushalt 2020, anl. Der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bringe hiermit den Haushaltsentwurf 2021 ein. Nicht unerwartet schließt der Haushalt mit einem deutlichen Defizit von über 3,5 Millionen € ab. Ganz klar ist dieser Haushalt Covid19 geprägt. Vielerorts werden die Haushalte für die Folgejahre schon geplant, als wäre schon klar, dass diese besondere Situation in 2021 überwunden sein wird. Das hoffen wir alle. Dennoch ist es so, dass gerade bei den aktuell wieder zunehmenden Zahlen vieles noch im Ungewissen bleibt. Es ist ungewiss, ob und vor allem wann ein Impfstoff gefunden wird. Es ist ungewiss, wann wir wieder von einer „Normalisierung“ der Situation sprechen dürfen. Eist ungewiss, was auf dem Weg bis dahin noch passiert. Aber wir denken positiv. Dies betrifft nicht nur unsere kommunalen Haushalte, sondern angefangen bei der Gastronomie hier vor Ort bis zu ganzen Branchen, die für unsere Gewerbetreibenden, die letztendlich hier vor Ort für die Gewerbesteuer verantwortlich sind, zuliefern oder Dienstleistungen erbringen.

Die Ausfälle sind relativ einfach umrissen (Seite 16, Entwicklung der allg. Deckungsmittel). Sie sehen den Einbruch der Einnahmen in den Steuern und Zuweisungen. Auf Seite 12 sieht man graphisch anschaulich, dass nach dem Absinken des Niveaus zwar eine steigende Kurve zu erkennen ist, die – und das ist immer problematisch – sich scheinbar parallel zu den gleichfalls aufwachsenden Aufwendungen entwickelt. In der Prognose stellt sich spiegelbildlich bei den Ausgaben daher kein Absinken der Aufwendungen ein. Kindergärten müssen weiter betrieben und sogar ausgebaut werden. Auch unsere Infrastruktur an sich steht nicht zur Disposition.

Die entstandene Lücke wird sich perspektivisch im ordentlichen Ergebnis sehr langsam schließen. Es wird wie in der Finanzkrise einen Nachlauf der Auswirkungen auf die Folgejahre geben. Wir gehen derzeit davon aus, dass bis mindestens 2024 ein defizitäres Ergebnis, wenn auch kleiner werdend, entstehen wird. Die Auswirkungen der Corona-Krise sind aus aktueller Betrachtung deutlich stärker und negativer als wir das in der Finanzkrise bereits erleben mussten.

All dies gilt unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen. Was wir nicht vorhersehen können, sind weitere Veränderungen, darunter auch positiv wirkende Konjunkturprogramme, wie wir dies in diesem Jahr mit der Gewerbesteuerausgleichszahlung sehen konnten. Wir hoffen und erwarten natürlich weitere Schritte, da sich fast alle Kommunen in ähnlicher Situation befinden und weitere Unterstützung zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Ein kleiner Exkurs an dieser Stelle bezieht sich auf die zurückliegenden Jahresabschlüsse. Bekanntermaßen, mit der Kommunalaufsicht kommuniziert, gab es nur schwer und aufwändig lösbare Probleme aus dem Jahr 2013 – das Folgejahr der Auflösung des Eigenbetriebes. Dies hat in diesem Jahr sogar dazu geführt, dass Groß-Umstadt zeitweise das Schlusslicht in der Abarbeitung zurückliegender Abschlüsse einnehmen musste. Diese Situation ist nun gelöst und es wurden dann auch gleich mehrere Abschlüsse zur Prüfung vorgelegt. Erfreulich in den Jahresabschlüssen bleibt aber weiterhin, dass gerade die Jahre, in denen schlechte Ergebnisse prognostiziert wurden, letztlich deutlich bessere Abschlüsse vorgelegt werden konnten. Dies führte zum einen dazu, dass das kumulierte Defizit aus der Finanzkrise früher als geplant abgebaut werden konnte. Und zum anderen entstehen aus besseren Ergebnissen der Vorjahre Überschüsse. Diese werden natürlich infolge der von Covid19 geprägten Ergebnissen sehr schnell – wahrscheinlich bereits 2021 - aufgebraucht sein.

In die Gesamtbetrachtung des Zentralbudgets beziehen wir neben den Mindererträgen bei den Steuern und Zuweisungen auch die aktuellen Entwicklungen bei den Ausgaben, insbesondere der Kreis- und Schulumlage ein. Hier kommt erschwerend hinzu, dass die Bemessungsgrundlagen der Umlagen aus guten Zeiten herrühren und somit sogar steigend sind, obwohl die Erträge erkennbar sinken. Dies verschärft die Situation, trifft Kommunen systembedingt aber leider immer wieder.

Wie fast jedes Jahr wird hier auf die Finanzierung der kommunalen Welt, zu denen auch die Kreise gehören, verwiesen. Gerne zielen alle auf die Höhe der Kreis- und Schulumlage ab. Gerade in den letzten Jahren ist erkennbar, dass alle Landkreise mit teilweise hohen Übererträgen abgeschlossen haben. Daher dringen die Kommunalverbände darauf, dass man eine Kreis- und Schulumlagehebesatzsenkung ins Auge fasst. Aktuell haben wir hierzu keine Signale aus dem Landkreis erhalten und der Haushalt ist so geplant, dass es hier keine Veränderung im Hebesatz gibt. Änderungen wären gegebenenfalls noch einzuarbeiten. Da die Bemessungsgrundlage allerdings aus den Vorjahren herangezogen wird, kommt es zu einer entsprechenden Steigerung in den Ausgaben. Hier fehlt seit Jahren eine Gesamtbetrachtung der Kommunalfinanzierung, da man offensichtlich gerne darauf setzt, dass sich die Landkreise – so die Finanzierungsregeln – den Finanzbedarf über die Umlagen holen können bzw. müssen und ein Verteilungskampf zwischen Kommunen und Landkreisen stattfindet. Man kann dann beide Positionen verstehen, aber letztendlich liegt der immer wieder kritisierte Mischstand in der Gesamtfinanzierung kommunaler Aufgaben. Die systembedingten Probleme durch Verzögerungen der Berechnungsgrundlagen, die oben aus Sicht der Kommunen erläutert wird, trifft die Kreise natürlich gleichfalls. Sie profitieren zwar direkt von der höheren Übernahme der KdU (Kosten der Unterkunft), die Mindererträge der Kommunen machen sich allerdings erst in ein oder zwei Jahren stark bemerkbar.

Es zeigen sich also auf der einen Seite situationsbedingt stark sinkende Einnahmen und auf der anderen Seite sehen wir Mehraufwendungen in Umlagen und an anderen Stellen. Mit dem neuen Tarifabschluss und damit für die Mitarbeiterschaft begrüßenswerte Tarifsteigerungen sind genauso zusätzliche Belastungen wie der ersehnte weitere Ausbau in Betreuungsangeboten.

Die bedeutendste kommunale Steuer ist vor allem die Grundsteuer B, die wir im Entwurf aktuell nicht verändert haben. Da die zukünftige Situation so unüberschaubar ist, wäre jede Erhöhung, um ein Defizit auszugleichen nicht ausreichend. Wir stellen gerne diese Frage im aktuell vorliegenden Entwurf zur politischen Diskussion, ob bereits im künftigen Haushalt eine Steigerung der kommunalen Steuern umgesetzt werden soll.

Zu Steigerungen trägt auch immer der Stellenplan bei. Es gibt Stellenmehrungen – wie in den Vorjahren – im Bereich der Betreuung. Aber auch in der Verwaltung ist Stellenzuwachs eingeplant. Dieser beruht im großen Teil auf Bedarfsermittlungen im Gebäudemanagement durch externe Beratung, die bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt wurden. Implizit bedeutet dies auch eine Verstärkung im Umweltbereich. Die Expertise zur Abteilung Grün, Umwelt und Energie wird in Kürze folgen. Seit der Umstrukturierung von sieben Fachbereichen auf drei Ressorts sind zwei Ressortleitungen unbesetzt und werden funktional durch den Bürgermeister und vorhandene Ressortleitung übernommen. Dies ist eine Einsparung über die letzten Jahre, aber keine praktikable Dauerlösung. Daher sollen die beiden vakanten Ressortleistungen beginnend in 2021 tatsächlich auch besetzt werden.

Zum Haushalt, der nun vorliegt, gehört auch das Investitionsprogramm. Hier sehen Sie eine Fortschreibung des Investitionsprogramms der letzten Jahre und wenig neue Maßnahmen. Auch an dieser Stelle ist darauf zu verweisen, dass die Vorhaben in der Regel unabdingbar sind. Es sind Vorhaben in Infrastruktur, die einen Investitionsstau abarbeiten oder auch Investitionen in

die Kita-Infrastruktur, mit dem wir den Rechtsanspruch zu bedienen haben. Und Sie alle wissen, dass dazu Projekte im Raum stehen, die hier noch nicht beziffert sind, wie weitere Kita-Erweiterungen in Umstadt oder voraussichtlich auch Richen. Also, hier bleibt die Projektlage herausfordernd. Das definitiv freiwillige und größte aktuelle Projekt ist das Schwimmbadprojekt mit 10 Millionen € Investitionssumme bei einer Förderung von ca. 3,5 Millionen €. Wir haben daher konkret an diesem Projekt, zu dem politischer Konsens besteht, im Plan festgehalten. Bei der Frage, ob man „Schulden“ in die Zukunft tragen will, muss immer unterschieden werden, ob es Schulden sind, die aus Nichtdeckung der laufenden Haushaltstätigkeiten entstehen oder eher rentierliche Schulden mit denen Werte, sprich Infrastruktur, geschaffen werden. Genauso wie man Schulden nicht in nachfolgende Generation übertragen möchte, möchte man gute und funktionstüchtige Infrastruktur in nachfolgende Generation übertragen. Aktuell sind wir in dieser Zwickmühle. Unternehmen streichen Produkte, geben Geschäftszweige auf und arbeiten mit Pauschalkürzungen. Dies ist im öffentlichen Bereich mit einem großen Anteil an Pflichtaufgaben schlichtweg nicht möglich.

Weiterhin sind die Kommunen in ihrer Gesamtheit aufgefordert, eben nicht ihr Investitionsgebaren einzustellen, da dies eine weitere gesamtwirtschaftliche Belastung darstellen würde. Ein perspektivisches Problem, auf das hinzuweisen ist, ist die Tatsache, dass auch bei einem Ausgleich ein Übertrag zu erwirtschaften ist, um die Tilgungsleistungen der Kredite zu bedienen. Und wir investieren viel und müssen dies angesichts der wirtschaftlichen Situation über Kredite finanzieren. Perspektivisch können wir das – falls keine zusätzlichen Investitionsprogramme entstehen – nicht ohne Steuererhöhung leisten.

Definitiv liegt ein Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor, den wir uns Anfang dieses Jahres nicht vorstellen konnten. Aber wir müssen uns der Realität stellen. Dabei verschweigen wir die vielen Fragezeichen nicht, die noch existieren. Sowohl die negativen, dass es womöglich noch schlimmer kommen könnte als auch die positiven, dass es an einigen Stellen vielleicht auch gegenläufige Effekte oder weitere Unterstützungsprogramme geben kann. Nach Haushaltsfeststellung gab es auch bereits erste Änderungen, die uns zum Teil in beachtlicher Höhe negativ betreffen. So ist die Gewerbesteuer Sonderzahlung (ca. 1,1 Millionen €), die wir für dieses Jahr nicht mehr erwartet hatten und für nächstes Jahr im Plan haben, bereits jetzt eingetroffen. Diese positiven Einnahmen im Plan müssen folglich wieder ausgeplant werden. Dies belastet dann zwar das Jahr 2021 zusätzlich, entlastet allerdings dann auch das Ergebnis 2020 und verändert die Rücklagen. Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis – wie oben erwähnt -, dass die entstandenen Rücklagen der letzten Jahre schnell aufgezehrt sein werden. Auch bei den Schlüsselzuweisungen geht es nach aktuelleren Schätzungen voraussichtlich noch mal ein Stück (>500T€) nach unten. Wir werden versuchen, den kürzlich getroffenen Tarifabschluss in seinen Auswirkungen abzuschätzen. Änderungsanträge sind auch angekündigt wegen der Nicht-Übernahme von Personalkosten für Straßenreinigung und Hauswirtschaftskräfte. All dies wird bis zum Haushaltsbeschluss noch detailliert errechnet und nachgereicht.

Der Haushaltsentwurf 2021 ist alles andere als eine erfreuliche Entwicklung. Er ist aber zum größten Teil das Ergebnis eines globalen Ereignisses, das die Welt in ihrer Gänze überrascht hat. Definitiv kann festgestellt werden, dass die ohnehin starke Dynamik in den Haushalten der letzten Jahre noch zunimmt. Bereits 2008 wurden wir von der Finanzkrise überrascht und nachdem diese einigermaßen abgearbeitet und überwunden wurde, gab es die Flüchtlingskrise und nun die Covid19-Krise. Aber jede Krise konnte bis dato gemeistert werden. Wir sollten alle gemeinsam das Vertrauen in Zukunft haben, dass dies auch weiterhin gelingen wird. Wir konnten ja auch sehen, dass gerade zu Beginn dieser Pandemie sowohl die Regierung als auch die EU mit Hilfsprogrammen reagiert haben. Im Vertrauen auf diese Solidarität sollten wir nicht unnötig schwarzmalen, was wir ohnehin noch nicht überblicken können. Wir setzen und hoffen auf weitere Hilfsprogramme und wir setzen und hoffen auf Verständnis der Bevölkerung, dass im

Ergebnis auch diese Krise am Ende des Tages von allen zu bezahlen ist. Wichtig ist, dass Lasten und Belastungen möglichst gerecht verteilt werden. Es bleibt zu hoffen, dass wir diese Situation baldmöglichst in den Griff bekommen und die Zahl derer, die infolge der Pandemie ihr Leben lassen mussten, so gering wie irgend möglich bleibt. Am Ende des Tages werden wir nicht umhinkommen, mit Geld die größten Nöte zu lindern. Und es bleibt zu hoffen und zu erwarten, dass daraus Erkenntnisse für die Zukunft gewonnen werden. Dies beginnt bei der politischen Betrachtung unserer Gesundheitssysteme bis zum Überdenken globaler Abhängigkeiten und der damit verstärkenden Wertschätzung von regionaler Wertschöpfung und Stärkung. Es werden finanztechnisch bittere Jahre, aber wir werden gemeinsam auch diese Krise überwinden.

Abschließend möchte ich mich noch bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung bedanken. Natürlich für Ihr Engagement in dieser Krise, aber hier und jetzt für jeden, der zur Haushaltsaufstellung beigetragen hat. Insbesondere sind die Kollegen der Finanzverwaltung, stellvertretend Herr Huber als Ressortleitung, zu nennen.

An dieser Stelle sieht man exemplarisch die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung mit der Bereitstellung dieses Haushaltes im IKVS. Ich würde alle bitten sich auch in diese Haushaltsdarstellung einzuarbeiten, da sie definitiv die Zukunft darstellt. Hier besonderen Dank an Hr. Naiyanart, der großen Anteil am Aufbau des IKVS-Systems hat. Genauso wie namentlich Fr. Schübler die neben dem herausfordernden Tagesgeschäft sich u.a. um die Aufarbeitung der Jahresabschlüsse kümmert.

Ich wünsche gute Beratungen und wir stehen wie immer jeder Fraktion für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung. Bitte sammeln sie Ihre Fragen in den Fraktionen und stimmen Sie Termine frühzeitig mit uns ab.

Danke

Joachim Ruppert

Bürgermeister